



Illustration: 123RF/maigi [M]

# »EU macht Westafrika durch Zuckerbrot und Peitsche fügsam«

Kwabena Otoo: EPA-Freihandelsabkommen sollen Afrika als Rohstofflieferant festschreiben



**Kwabena Otoo** ist ein Wirtschaftswissenschaftler aus Ghana, der von 2008 das Forschungsinstitut des Ghanaischen Gewerkschaftsbundes in Accra leitete und gegenwärtig an der Universität Kassel seine Dissertation schreibt. Otoo referierte über die von der EU forcierten umstrittenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) vor einigen Tagen in München im Rahmen einer von Attac organisierten Informationsreise, deren weitere Stationen u.a. Hamburg, Fulda, Leipzig und Berlin sein werden. Mit ihm sprach für »nd« **Rolf-Henning Hintze**.

Foto: privat

## KOMMENTAR

### Progressive Töne ohne echten Unterbau

Martin Ling über Deutschlands Vorreiterrolle bei den SDGs

Es sind progressive Töne, die da von der deutschen Bundesregierung kommen: »Die Bekämpfung der Fluchtursachen hat eine europäische wie eine globale Dimension«, sagte die Bundeskanzlerin Angela Merkel rund um den UN-Nachhaltigkeitsgipfel in New York und prangerte die globalen Zustände an: Noch immer lebten 1,3 Milliarden Menschen in extremer Armut, 800 Millionen Menschen litten Hunger, Frauen hätten einen schlechteren Zugang zu Arbeit und Bildung.

Übertroffen in der durchaus trefflichen Darstellung der malden Lage, in der sich viele Menschen weltweit befinden, wird Merkel noch von Entwicklungsminister Gerd Müller: Weltweit werde zehnmal mehr Geld für Rüstung als für öffentliche Entwicklungshilfe ausgegeben. »Deutschland ist eine Wohlstandinsel. Ist unser Wohlstand noch so rechtfertigen? Worin begründet sich das Recht auf den Reichtum, den wir beanspruchen? Esbedarf eines Paradigmenwechsels.«

Das sind starke Worte, die ihre Wirkung dann entfalten könnten, wenn Deutschland seine selbst erklärte Vorreiterrolle bei den Nachhaltigen Entwicklungszielen SDGs wirklich ernst nimmt. Mehr als zarte Ansätze wie eine Aufstockung des Entwicklungshaushalts, das Textilbündnis für fairere Arbeitsbedingungen und die eine oder andere Initiative lässt die Bundesregierung jedoch bisher vermissen. Wenn es ans Eingemachte geht, wie zum Beispiel an die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Ländern des Südens, ist der faire Handel, den Müller propagiert, kein Thema mehr. Dann geht es um die Öffnung von Märkten dort, um hierzulande Einkommen und Beschäftigung zu sichern. Über diese globale und europäische Dimension der Flüchtlingsursachen schweigen Merkel wie Müller.

**Die Gewerkschaften in Ghana und die Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen einschließlich der Kirchen wenden sich entschieden gegen die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements/EPA), die die EU mit westafrikanischen Ländern abzuschließen versucht. Welche spürbaren nachteiligen Folgen sehen Sie voraus?**

Die EPA-Verträge stoßen tatsächlich bei fast allen Organisationen der Zivilgesellschaft auf heftige Ablehnung, bei Gewerkschaften, Kleinbauernverband, Kirchenrat, Studentengruppen und linksorientierten Denkfabriken. Wir lehnen diese Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ab, weil wir eine Reihe negativer Folgen voraussehen. Dazu gehört, dass EPA uns den notwendigen Spielraum nimmt, den jedes Entwicklungsland braucht, um aus der Unterentwicklung herauszukommen. Der EPA-Vertrag schließt aus, dass Ghana Zolleinnahmen für die Unterstützung einer eigenen Industrie verwenden kann. Außerdem kostet der Wegfall von Zöllen auf 75 Prozent der Waren aus der EU das Land Ghana jährlich schätzungsweise 300 Millionen Euro. Dies engt stark die Möglichkeiten der Regierung ein, ins Bildungs- und Gesundheitswesen und in soziale Programme zu investieren. Das wäre jedoch für die Armutsverringerung wichtig.

**Wie wird sich das Abkommen die regionale Integration auswirken?**

EPA wird die westafrikanischen Integrationsbemühungen untergraben. Mit der berechtigten Weigerung Nigerias, der größten Wirtschaft der Region, das Abkommen zu unterschreiben, und dem Beharren der EU-Kommission darauf, mit dem EPA-Vertrag voranzuschreiten, werden regionaler Handel und Zusammenarbeit existenziell bedroht. Offenbar ist es die Absicht der Europäer, die westafrikanische Region aufzubre-

chen und diesen Markt für europäische Unternehmen zu gewinnen.

**Eine Weile schien es, als würde sich Ghanas sozialdemokratische Regierung weigern, den EPA-Vertrag zu unterschreiben. Warum ist sie schließlich eingeknickt?**

Die so genannte sozialdemokratische Regierung in Ghana ist nur dem Namen nach sozialdemokratisch, ihre meisten Handlungen haben neoliberalen Charakter. Bei EPA hat die Regierung dem Druck und auch der Einschüchterung durch die Europäische Kommission nachgegeben. Ghana war 2013/2014 in einer sehr schwierigen

Lage, das größte Goldbergwerk hatte geschlossen, die Ölproduktion ging zurück und die Preise für größere Exportgüter fielen. Die nationale Währung Cedi verlor stark an Wert, und wegen des deutlichen Rückgangs der staatlichen Einnahmen wuchs das Defizit. Die Europäische Union froh Hilfszahlungen an Ghana ein.

**Teilen Sie die Ansicht, dass die EU die EPA will, um Afrika vor allem als Rohstofflieferanten zu behalten und den Aufbau verarbeitender Industrie zu behindern?**

Ja. Europa braucht Rohstoffe, und es hat sie immer aus Afrika und dem karibischen und pazifischen Raum bekommen. Jetzt sieht sich Europa durch andere aufstrebende Volkswirtschaften herausgefordert, insbesondere durch China. Die EPA zielen darauf ab, sich die Rohstoffe der früheren Kolonien für die exklusive Verwendung in europäischen Industrien zu sichern. Aber die EPA reichen über den Hunger nach Rohstoffen hinaus, sie sind zugleich offensive Instrumente, um europäischen Unternehmen den Marktzugang zuerst für Waren zu öffnen und später für das öffentliche Beschaffungswesen.

**In Ghana ist die einheimische Geflügelzucht durch subventionierte Importe aus Deutschland und an-**

**deren EU-Staaten extrem eingebrochen. Können Sie sagen, wie viele Kleinbauern zur Aufgabe gezwungen wurden?**

Ja, Ghanas einheimische Geflügelwirtschaft ist größtenteils zusammengebrochen. Es ist schwer, die genaue Zahl der betroffenen Bauern zu nennen. Aber wenn man bedenkt, dass Ghana 1990 noch 90 Prozent seines Geflügelbedarfs selbst produzierte und es heute nur noch weniger als zehn Prozent sind, kann man den Umfang der Zerstörung ahnen, die durch die Importe subventionierter Importe aus Europa verursacht wurde.

**Subventionierte Billigimporte aus Europa werden voraussichtlich die Existenz vieler weiterer Kleinproduzenten gefährden. EPA wird diese Entwicklung noch verstärken. Warum ist Ghanas Regierung nicht in der Lage, das zu erkennen und sich dagegen zu wehren?**

Meiner Ansicht nach bemerken Ghanas Regierung und die anderer westafrikanischer Länder die Gefahren, die die EPA bergen, durchaus. Sie sind aber einfach nicht in der Lage, Front zu machen gegen die Europäische Union, weil die meisten zu sehr auf EU-Hilfe angewiesen sind. Die EU benutzt Zuckerbrot und Peitsche, um unsere Regierungen zur Fügsamkeit zu zwingen.



Ungleicher Handel: Aktivisten und Kleinbauern protestieren gegen die EPA-Verhandlungen in Nairobi.

Foto: AFP/Tony Karumba

## ACTION

**Heute in Berlin** – »¡YO SOY MUJER! Kampf um Frauenrechte in El Salvador«, Veranstaltung mit der Frauenrechtlerin Azucena Ortíz. 19 bis 21 Uhr, Gneisenaustraße 2a, FDCL, Mehringhof, 3. Aufgang/5. Stock, 10961 Berlin.

**Ecuador** – »Fünf Jahre nach dem Putschversuch in Ecuador«, Podium mit dem Botschafter von Ecuador, Jorge Jurado, und der Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel, Linksfraktion, 30. September, 19.30 Uhr, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin.

**Zum Lesen** – »Lateinamerika Nachrichtenrichten 495/496« u. a.: Dossier: Gewerkschaften in Lateinamerika | Kämpferisch, korrupt, kriminalisiert, Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, 5,50 Euro, Tel.: (030) 694 61 00, www.lateinamerika-nachrichten.de

## Die Stille nach den Kommunistenmassakern

Dokumentarfilm »The Look of Silence« wirft ein Blick auf die Verbrechen der indonesischen Militärdiktatur

**Mit »The Look of Silence« untersucht Dokumentarfilmer Joshua Oppenheimer ein zweites Mal die Kommunistenmassaker der indonesischen Militärdiktatur.**

Von Caroline M. Buck

In Oppenheimers erstem Film, »The Act of Killing«, kamen ausschließlich die Täter zu Wort. Männer, die sich Jahrzehnte nach den Kommunistenmorden der Mittsechziger ihrer Heldentaten von damals brüsteten. Die im offiziellen Auftrag handelnden (auch wenn die Armee mit Bedacht im Hintergrund blieb) und sich für ihre Gräueltaten nie rechtfertigen mussten, sondern weiterhin als verdiente Mitglieder der Gesellschaft gefeiert werden. Weil sie Indonesien von der kommunistischen Opposition befreiten (und von allen anderen, die den Militärs ein Dorn im Fleisch waren), und also nach offizieller Lesart die Demokratie verteidigten. So wird es in der

Schule gelehrt, so hört man es im Fernsehen, das ist die Version der Geschichte, die dem indonesischen Alltag bis heute zugrunde liegt.

Wie die Angehörigen der Toten von damals (und die wenigen, die flüchten konnten) damit umgehen, dass die Männer, die ihre Söhne, Brüder, Weggefährten meuchelten, darüber zu Wohlstand kamen (eine gerechte Belohnung für das Gute, das sie taten, findet einer der Täter) und weiter ungeschoren in der Nachbarschaft leben, ist nun das Thema des zweiten Films. Der eigentlich der erste hatte sein sollen, der einzige, den Oppenheimer ursprünglich überhaupt drehen wollte. Bis es sich als zu gefährlich für die Opfer erwies, sich mit dem Filmemacher über die Toten von damals zu unterhalten. Erst als Oppenheimer zum Chronist der Täter wurde, in dem kurzen Zeitfenster, bevor »The Act of Killing« international und schließlich auch in Indonesien breit diskutiert wurde, konnte er sich den

**Mit Fragen nach der moralischen Verantwortung aber wollen sie allesamt nicht gern konfrontiert werden.**

von den Aktionskommandos buchstäblich in Stücke gehauen wurde. Seine trauernde Mutter, sein seniler alter Vater. Und Adi, sein nachgeborener Bruder, der mit der Bürde aufwuchs, der Mutter den getöteten Sohn ersetzen zu sollen. Adi ist Optiker, ein sanfter, stiller Mann. Und als Optiker nähert er sich auch den Tätern: mit einem ambulanten Mess-

gerät zur Brillenanpassung. Dank der Vermittlung des Filmemachers, den die Täter ja schon kannten. (Dass der ihre Taten kritisch sehen könnte, war ihnen in ihrer selbstgefälligen Wohlständigkeit offenbar nie wirklich klar geworden.) Ein paar erklärende Worte, ein Einlenken, eine Entschuldigung hätte Adi gerne von den alten Männern gehört, während er ihnen die Brille annahm. Und Fragen stellt zu den Vorgängen von damals. Mit Fragen nach der moralischen Verantwortung aber wollen sie allesamt nicht gern konfrontiert werden.

Manche drohen dem Kommunistenbruder, bei manchen fassen Verdängungsmechanismen, andere prahlen weiter ungeniert mit den Horrortaten von einst. Der Kommandeur der Killer-Kommandos am Schlangenfluss findet, eigentlich hätten sie alle eine Einladung in die USA verdient, die Männer, die da drei Monate lang Tag und Nacht Kommu-

## Paramilitärs vertreiben Indigene

Repression auf Mindanao

Von Karina Böckmann

Auf der südphilippinischen Insel Mindanao bedienen sich Militär-angehörige nach Ansicht von Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen paramilitärischer Verbände, um den Widerstand indigener Gemeinschaften gegen Bergbau- und andere Wirtschaftsaktivitäten auf ihren Territorien zu brechen.

In den Provinzen Bukidnon und Davao del Norte treibt seit letztem Jahr die paramilitärische »Amar« ihr Unwesen. Ihre Angriffe richten sich vor allem gegen indigene Dorfschulen, die von religiösen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen geführt werden, weil diese die Schüler mit der kommunistischen Ideologie indoktrinieren.

Auch diese Miliz arbeitet offensichtlich mit der Armee zusammen. Die Angriffe führten zur Schließung ethischer Schulen und zur Vertreibung hunderter Menschen. Die in Manila ansässige Bildungsorganisation »Save Our Schools Network« spricht von 52 Übergriffen im Zeitraum 2014 bis Mitte 2015 in Mindanao. In der Mehrzahl richteten sich die Übergriffe gegen indigene Schulen in abgelegenen Gebieten, in denen die NPA präsent ist.

Die philippinischen Streitkräfte bestreiten derweil jede direkte oder indirekte Mitwirkung an den paramilitärischen Übergriffen und ließen sich dies auf einer Pressekonferenz in Manila im September von drei Indigenen bestätigen. Doch andere Indigene und auch der Gouverneur von Surigao del Sur identifizierten später zwei der drei Redner als Magahat- und Alamar-Führer.

Vermutet wird, dass die Paramilitärs, die selbst Ureinwohner sind und somit ihre Zielpersonen kennen, instrumentalisiert werden, um Bergbau- und anderen Unternehmen den Zugang zu den ressourcenreichen indigenen Territorien gewaltsam zu erschließen.

Für diese Theorie spricht unter anderem der Mord an dem Manobo-Chief und Vorsitzenden der Indigenen-Organisation MAPASU, die sich gegen Menschenrechtsverbrechen, Bergbauaktivitäten und Landraub zur Wehr setzt. Zusammen mit einem weiteren Manobo-Führer aus Surigao del Sur war er vor den Augen von Gemeindefürern von mutmaßlichen Paramilitärs erschossen worden.

Die Region Caraga, in der sich Surigao del Sur befindet, wurde von der Regierung zur »Hauptstadt des philippinischen Bergbaus« erklärt. IPS/nd

nisten lebendig begraben, köpften, zerhackten und im Fluss versenkten. Denn die USA seien es ja schließlich gewesen, die ihnen den Antikommunismus beibrachten, ihre Taten also von internationaler Bedeutung – und dafür noch lange nicht hinreichend gewürdigt. Eine Haltung, die der Regisseur mit den Bildern und Worten eines zeitgenössischen US-amerikanischen Fernsehberichts unterlegt, der die Komplizenschaft unterstreicht: Im Kommunismus hatte man den gemeinsamen Feind gefunden. Ansonsten besteht Oppenheimers ebenso leiser wie wichtiger wie ungemein schwer erträglicher Films ausschließlich aus den sanften Fragen des Opfers. Und dem Prahlens, Wegducken, besitzstandsverteidigenden Drohen der Täter. Ein paar der Täterkinder, immerhin, die entsetzen sich.

Kinostart von »The Look of Silence« ist am 1. Oktober.